

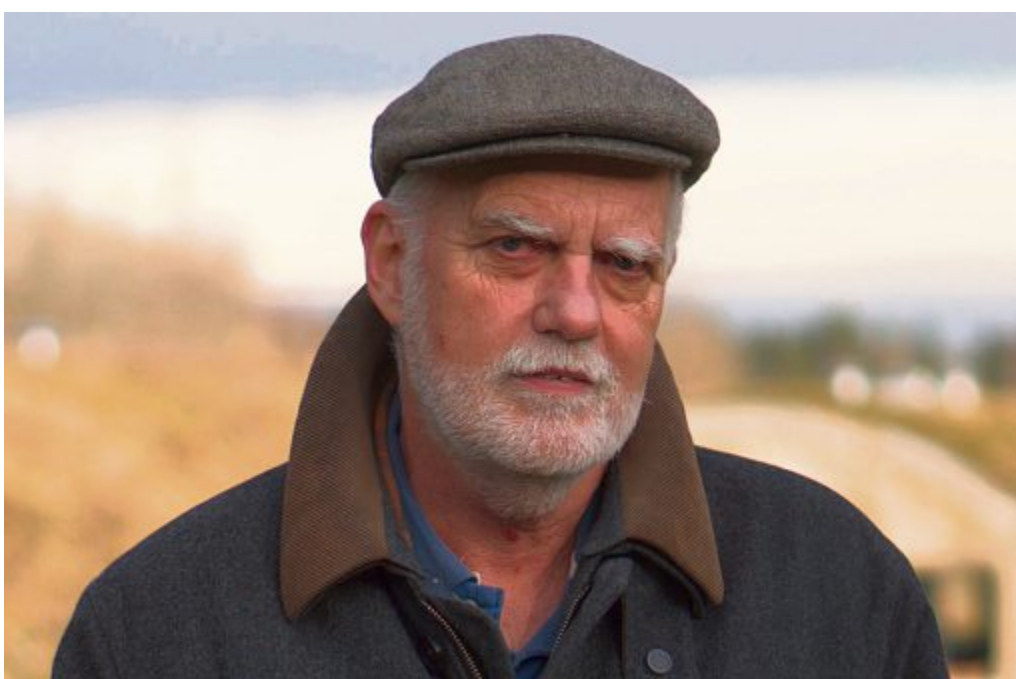
Gedenkort, Lernort, Informationsort

Der Landtag berät über die Weiterentwicklung des Lagers »Kaufering VII«

Landsberg – Der Ausschuss für Bildung und Kultus des Landtags wird demnächst darüber beraten, welchen Beitrag der Freistaat dazu leisten kann, dass aus dem KZ-Außenlager Kaufering VII ein „Gedenk-, Lern- und Informationsort“ wird. Das jedenfalls wünschen sich die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die Europäische Holocaust Gedenkstätte Stiftung, die das Gelände an der Erpfinger Straße besitzt und für die Konservierung der Tonröhrenbauten gesorgt hat. Einen entsprechenden Antrag haben beide gemeinsam erarbeitet; er wurde jetzt von den Grünen in den Landtag eingebracht.

Diplomatisch gesehen ist diese Initiative etwas kompliziert. Beantragt wird zunächst, dass der Landtag die Staatsregierung auffordert, im Ausschuss über die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft unter Vorsitz des ehemaligen Landtagsabgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU) zu berichten, die von Mai 2017 bis September 2018 getagt hat. Hinsichtlich des Lagers Kaufering VII nehmen die Grünen das Ergebnis aber bereits vorweg: Darüber sei in dem Gremium „keine Einigung“ erzielt worden, heißt es in der Antragsbegründung. Will wohl heißen: Eine Sperrwirkung gibt es nicht; das Thema ist offen.

Allerdings hatte die Kommission am 5. April 2017 vom Landsberger Stadtrat auch lediglich den Auftrag erhalten, ein „inhaltliches Konzept samt Kostenschätzung“ für „einen



Der Präsident der Europäische Holocaust Gedenkstätte Stiftung, Manfred Deiler, auf dem Gelände des Lagers Kaufering VII. Foto: Lauff

Dokumentationsort zur Zeitgeschichte“ zu erarbeiten, „der als zentrale Anlaufstelle zur Erstinformation für Bürger und Gäste dienen soll“. Am 24. Oktober 2018 schlug die Kommission dem Stadtrat daraufhin vor, eine solche Stelle – als „Wegweiser“ – im Hof des Historischen Rathauses einzurichten. Der Stadtrat entschied sich allerdings gegen den Hof, den die Stadtverwaltung vorgeschlagen hatte, und für das Rathausinnere, wofür nur der „Stille Gang“ bleibt.

Bestandteil des Kommissionsergebnisses ist aber auch, dass „die fundierte Vermittlungsarbeit für Gruppen wie Schulklassen“ in Räumlichkeiten und

unter Rahmenbedingungen stattfinden soll, „die an anderer Stelle vorgesehen sind“. In Klammern enthält der Vorschlag die Präzisierungen „Museum, Rüstungsbunker Welfenkaserne, Lager VII“. Das geht aus einer Mitteilung der Stadtverwaltung auf Anfrage des KREISBOTTEN hervor.

Damit ist die Weiterentwicklung des Außenlagers zu einem „Gedenk-, Lern- und Informationsort“, wie er den Grünen und der Stiftung unter Vorsitz von Manfred Deiler vorschwebt, mit den Beratungen der Kommission kompatibel. Allerdings ist dazu noch ein langer Weg zurückzulegen. Deiler hat wie-

derholt erklärt, dass er für die Weiterentwicklung des Lagers – einem „Denkmal von nationaler Bedeutung“ – den Bund im Boot haben will. Das setzt eine „tragfähige wissenschaftliche Konzeption“ voraus. Deilers Kernfrage ist im Moment: „Wie bekommen wir diese Konzeption?“

Der Antrag im Landtag zeigt dazu nun einen Weg auf: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Landesstelle für Nichtstaatliche Museen zu beauftragen, die Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung in der Aufstellung eines Finanzierungsplans für ein wissenschaftlich sowie museologisch und päd-

agogisch fundiertes Konzept für einen Gedenk-, Lern- und Informationsort am Lager VII zu unterstützen“. Dies ist der eigentliche Kern des Antrags, der nun in die Beratung eingebracht wurde. Der Ausschuss für Bildung und Kultus soll Deiler zunächst einladen, um „über die momentane Situation der Gedenkstätte und die zukünftigen Pläne“ zu berichten.

Damit will die Stiftung das „Dauerthema jetzt endlich mal lösen“, erklärte Deiler im Gespräch mit dem KREISBOTTEN. „Der Freistaat muss sich entscheiden, wo er hin will“. Die Einschaltung der Landesstelle für Nichtstaatliche Museen sieht er als „Zwischenschritt“. Die Stiftung brauche als nächstes eine Antwort auf die Frage, wie die wissenschaftliche Konzeption erstellt werden könne.

Dass der Antrag nun von den Grünen und damit von der Opposition eingebracht wird, sieht der Präsident der Europäische Holocaust Gedenkstätte Stiftung nicht als Problem. „Für mich sind alle Abgeordneten gleich. Gedenkarbeit sollte parteiübergreifend sein. Und ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass alle Parteien hier an einem Strang ziehen“. Tatsächlich hat die Politik die Tätigkeit der Stiftung in den vergangenen Jahren einmütig unterstützt. Beobachter registrieren allerdings auch, dass sich die Stadt Landsberg bei diesem Thema eher zurückhält. In der Verwaltung befürchtet man offenbar eine finanzielle Belastung. Deiler hatte jedoch öfter klargestellt: „Das ist nicht unser Konzept.“ Werner Lauff